



Niederschrift

über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 1/2008-2013 am 11.09.2008 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.10 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied

- „ -

- „ -

- „ -

- „ -

- „ -

- „ -

- „ -

- „ -

- „ -

- „ -

Kai Schmidt

Gerrit Biehl

Elisabeth von Bressensdorf

Rudi Hennecke

Bärbel Karp

Dorothee Köster

Volker Mittelstaedt

Margitta Neumann

Joachim Riedel

Peter Schöpf

Katrin Stolley

Ausschussmitglied ohne Stimmrecht

Manfred Teuber

ferner:

Bürgervorsteher Carsten Schäfer

als Gäste:

Frau Ernst

- Norderstedter Tafel –

Frau Schütt

- Diakonie –

Frau Samel

- Familienzentrum -

seitens der Verwaltung

Frau Horn, Gleichstellungsbeauftragte

Frau Hoppe, Protokollführerin



Vor Sitzungsbeginn wird den Ausschussmitgliedern eine Tischvorlage „Grundstücksangelegenheiten“ der Verwaltung zur Kenntnis gegeben. Da die Beschlussfassung sich auch auf den TOP 6 – Haushaltsvoranschläge 2009 – auswirkt, besteht Einvernehmen unter den Ausschussmitgliedern, dass vor diesem TOP über die Tischvorlage beraten wird.

Es wird somit über folgende Tagesordnung beraten:

Tagesordnung:

- 1. Verpflichtung bürgerlicher Ausschussmitglieder**
- 2. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 20/2003-2008 am 21.02.2008**
- 4. Informationen über die Tätigkeit der Norderstedter Tafel**
- 5. Mehrgenerationenhaus**
- 6. Grundstücksangelegenheiten
Anmietung neuer Räumlichkeiten für Kinderschutzbund und Diakonie**
- 7. Haushaltsvoranschläge 2009 für das Sachgebiet „Soziales“ und die Gleichstellungsstelle**
- 8. Unterrichtungen / Anfragen**
- 9. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Verpflichtung bürgerlicher Ausschussmitglieder“

Der Ausschussvorsitzende verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder:

Gerrit Biehl
Dorothee Köster
Volker Mittelstaedt
Joachim Riedel
Katrin Stolley
Manfred Teuber

durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.



Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 20/2003-2008“

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben. Sie gilt damit als genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Informationen über die Norderstedter Tafel“

Frau Ernst gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Tafel und schildert den praktischen Ablauf der Ausgabe. Aktuell werden wöchentlich ca. 60 – 70 Haushalte in Henstedt-Ulzburg und Umgebung mit Lebensmitteln versorgt. Ein Anstieg der Nachfrage ist nicht zu verzeichnen.

Frau Ernst weist darauf hin, dass ausschließlich Lebensmittel an Bedürftige verteilt werden.

Derzeit ist die Finanzierung der Tafel sichergestellt, auch Lebensmittelspenden stehen ausreichend zur Verfügung. Problematisch ist es allerdings, ehrenamtliche Mitarbeiter/innen für die wöchentliche Ausgabe zu gewinnen. Frau Ernst bittet daher alle Anwesenden, in ihrem Umfeld für eine Mitarbeit bei der Tafel zu werben.

Der Vorschlag von Frau Horn, dass sich die Einrichtung anlässlich der Veranstaltung zum „Tag des Ehrenamtes“ vorstellt und in diesem Zusammenhang für ihr Anliegen wirbt, wird von Frau Ernst sehr positiv aufgenommen und von den Ausschussmitgliedern befürwortet.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Mehrgenerationenhaus“

Zu diesem TOP liegen den Ausschussmitgliedern eine Konzeptskizze der Diakonie und ein Konzept des Familienzentrums vor.



Zunächst berichtet Frau Schütt über ihre Tätigkeit im Mehrgenerationenhaus der Diakonie in Neumünster.

Hauptaufgabe der Einrichtung ist es, die verschiedenen Generationen zusammenzubringen. Es findet eine sehr enge Zusammenarbeit mit diversen Vereinen und Verbänden (z.B. Seniorenbeirat, Sportvereine usw.) statt. Diese werden bei der Planung der Angebote des Mehrgenerationenhauses immer einbezogen, so dass keine Konkurrenzsituation entsteht.

Frau Samel erläutert das von ihr erstellte umfangreiche Konzept. Auch sie hält eine Kooperation mit anderen Partnern, z.B. der Sozialen AG, für notwendig. Darüber hinaus befürwortet sie es, die Beratungsstellen im Mehrgenerationenhaus aufzunehmen.

Frau v. Bressendorf weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Beratungszentren Fördermittel erhalten können, wenn Pflegestützpunkte aufgenommen werden.

Im Anschluss an die Vorstellungen der Konzepte beantworten Frau Schütt und Frau Samel Fragen der Ausschusmitglieder.

Frau Horn stellt fest, dass es zwischen den Konzepten keine gravierenden Unterschiede gibt und weist in diesem Zusammenhang auf die allgemeinen Probleme der ehrenamtlichen Mitarbeit hin.

Es herrscht Einvernehmen unter den Ausschusmitgliedern, dass zunächst in den Fraktionen über die Trägerschaft, den Standort und die Finanzierung des Mehrgenerationenhauses beraten werden muss.

Frau v. Bressendorf bittet die Verwaltung um Prüfung, ob für eine derartige Einrichtung u.U. Fördermittel im Rahmen des Projekts „Alsterland“ zur Verfügung gestellt werden.

Zu Punkt 6 (neu) der Tagesordnung:

„Grundstücksangelegenheiten“

Anmietung neuer Räumlichkeiten für den Kinderschutzbund und die Diakonie

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass eine Beschlussfassung anlässlich der heutigen Sitzung erforderlich ist. Die Notwendigkeit ergibt sich zum Einen daraus, dass sich die Anmietung auf den Haushaltsansatz 47000.7000 – Zuschüsse an Verbände und Vereine auswirkt und zum Anderen, weil ein Umzug der beiden Organisationen – wie aus der Vorlage ersichtlich – dringend notwendig ist.

Anmerkung zur Niederschrift:

Die monatliche Kaltmiete beträgt lt. Angebot 904,00 €.

Gem. § 551 BGB kann eine Kautions in Höhe von 3 Netto-Kalmmieten verlangt werden.

Die geltend gemachten Kosten von 2.700,00 € sind somit korrekt.

Frau Köster und auch Herr Mittelstaedt weisen darauf hin, dass auf eine flexible Laufzeit des Mietvertrages geachtet werden muss.



Beschluss: Der Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschuss befürwortet die Anmietung der Räumlichkeiten in der Hamburger Straße 20 zum 01.01.2009 zu den in der Vorlage genannten Konditionen. Das Mietobjekt ist für die Unterbringung der Beratungsstellen des Deutschen Kinderschutzbundes und der Diakonie vorgesehen. Die erforderlichen Haushaltsmittel sollen im Haushalt 2009 bereitgestellt werden.

Beschlussfassung: Einstimmig

Zu Punkt 7 (neu) der Tagesordnung:

„Haushaltsvoranschläge 2009 für das Sachgebiet „Soziales“ und die Gleichstellungsstelle“

Die von der Verwaltung vorgelegten Voranschläge werden von den Ausschussmitgliedern Kenntnis genommen.

Beschluss: Der Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschuss bittet den Finanz- und Wirtschaftsausschuss, die Haushaltsmittel für die von der Verwaltung vorgelegten Voranschläge im Haushaltsjahr 2009 bereitzustellen.

Beschlussfassung : Einstimmig

Zu Punkt 8 (neu) der Tagesordnung:

„Unterrichtungen / Anfragen“

a) Die vorgelegten Berichte werden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.
Frau Horn bittet darum, dass zukünftig im Bericht über die Entwicklung der Sozialdaten auch die Anzahl der gestellten Wohngeldanträge aufgeführt werden.

Frau Stolley bittet darum, dass im Bericht über die Entwicklung der Asylbewerber auch die jeweiligen Nationalitäten angegeben werden.

Die Anlagen 4 und 6 wurden korrigiert und sind der Niederschrift beigelegt.

Die Angaben zu den Nationalitäten der Asylbewerber werden zur nächsten Sitzung vorgelegt.

b) Der Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, die Obdachlosenunterkünfte Anfang 2009 zu besichtigen, wird von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

c) Auch besteht Einvernehmen darüber, dass Herr Dr. Tecklenburg von der ATS zur nächsten Ausschusssitzung eingeladen werden soll.



d) Frau Köster teilt mit, dass sich die Bänke im Rantzauer Forst (Bereich Hundetummelplatz) in einem desolaten Zustand befinden. Sie bittet die Verwaltung, hier Abhilfe zu schaffen und für nutzbare Sitzgelegenheiten zu sorgen.

Zu Punkt 9 (neu) der Tagesordnung:

„ Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner “

Es werden keine Fragen gestellt.

gez. Kai Schmidt
(Ausschussvorsitzender)

gez. Hannelore Hoppe
(Protokollführerin)

gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)

Entwicklung der Sozialdaten

I. Halbjahr 2008

1. Hilfe nach dem SGB XII, Kap. 3 **(Hilfe zum Lebensunterhalt)**

Anzahl der Hilfefälle	10
Anzahl der Hilfeempfänger	10
davon weiblich	4
davon männlich	6

2. Hilfe nach dem SGB XII, Kap. 4 **(Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit)**

Anzahl der Hilfefälle	69
Anzahl der Hilfeempfänger	82
davon weiblich	45
davon männlich	37

3. Kostenbeteiligung nach § 22 Abs.1 SGB II **(Unterkunft und Heizung)**

Z.Zt. monatliche Abschlagzahlungen in Höhe von
27.150,00 € = halbjährlich 162.900,00 €

4. Wohngeld

Anzahl der aktuellen Wohngeldfälle	52
------------------------------------	----

Name, Anschrift der Beratungsstelle: Beratungsstelle der Diakonischen Werkes, Schulstraße 9, 24558 Henstedt-Ulzburg

Bericht über die Beratungstätigkeit* im Jahr 2007_

1 Beratungsangebote (Konkrete Angaben zum Anlass der Beratungen)	2 Anzahl der Beratungen	3 Anzahl der Berateten		4 davon volljährige Personen	5 davon		6 Durchschnittl. Dauer der Beratungen (auf ¼ Std. gerundet)		7 Anschluss- beratungen	8 Weiter- vermittlung an/von andere/n Institutionen, Verbänden, Behörden	9 Kooperation mit Institutionen, Verbänden, Behörden	10 Beglei- tungen bei Behörden- besuchen	11 Unterstützung bei einzuleitenden Antrags-, Wider- spruchs- u. Klageverfahren
		w	m		Anzahl	persönliche Beratungen	telefonische Beratungen	Min.					
Hartz IV	125	17	6	21	82	43	jeweils		10	0	18	0	6
Soz.hilfe/Grunds.	14	2	1	3	7	7	pro		2	0	2	2	2
Wohnung	43	6	7	12	25	18	Gespräch		3	0	14	2	0
Finanz.Probl.	28	5	5	9	16	12	ca.		5	11	12	0	0
Fam.Probl.	27	11	2	10	18	9	45 Min.		4	6	9	2	0
Gesundh.Probl.	13	4	1	5	9	4			2	3	3	0	0
Arbeitslosigkeit	21	2	6	6	13	8			2	4	5	0	2
Andere Anträge	24	14	3	16	19	5			4	0	3	0	2
Sucht/Therapie	8	0	3	1	4	4			3	3	4	1	0
Gesamt	303	61	34	83	193	110			35	27	70	7	12

Spalten 2 + 7 zur Spalte 2

Zusätzlich wurde in 26 Fällen eine Auskunft* erteilt.

*Beratungen sind Gespräche mit Ratsuchenden, wenn diese Probleme im Lebensumfeld schildern und die Berater/innen inhaltlich auf diese detailliert mit Empfehlungen bzw. Ratschlägen eingehen. Auskünfte sind lediglich Hinweise auf zuständige Beratungsstellen, Behörden oder sonstige Angebote.